

tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 39

Winter 2006/2007

Kostenlos!













INHALT

Koalition als Verhütungsmittel 3

Besuch einer Ratssitzung: Demokratie made in Solingen 4

Rede von Helmut Eckermann zur neuen Bleiberechtsregelung 5

ALG II: Pressemitteilung der Grünen / Offene Liste 6

Wilde Wisionen: eine Veranstaltungsreihe der Stiftung W 7

Bürgerantrag gegen den Weiterbau der Viehbachtalstraße 8 + 9

www.solingen-natur.de: Umweltschutz im Internet 10

Pressemitteilung des Ökofonds 11

Kissels rechtsextreme Aktivitäten nun bundesweit bekannt 12

Der Solinger Hauptbahnhof im Wandel der Zeiten (Teil I) 13

Autospass - Kurzgeschichte 14 + 15

ALLES LÜGE WAR DAS, ...



...was auf dem letzten Titelblatt der tacheles geschrieben stand. Der Chef der Hartz-IV-Behörde wurde nicht von einem ALG-II-Empfänger gebissen, OB Haug plant kein Mausoleum für sich im Keller des neuen Rathauses, die weiter verschärfte Straßenordnung sieht kein Verbot des Eisverkaufes ab 15 Grad Plus vor und auch der Walder Stadtsaal wird nicht zu einem Bordell umgebaut.

Wir wollten uns mit diesen Boulevard-Skandal-Schlagzeilen eigentlich nur über die Regenbogenpresse lustig machen. Tatsächlich aber hat das zumindest eine Leserin unserer tacheles für bare Münze gehalten. Sie wohnt schon lange nicht mehr in Solingen und hat die Zeitung in Hilden mitgenommen, eben weil sie näheres über das geplante Bordell in Wald wissen wollte. Zwar war sie enttäuscht, dass im Inhalt nichts mehr zum Thema Bordell stand, aber, so berichtete sie uns, ist es "in Wirklichkeit ja noch schlimmer was in Solingen passiert".

Ihr Kommentar: "Wie kann man gleichzeitig Schulen und Kindergärten schließen und ein neues Rathaus bauen?" Ja, genau.

Wie zu erwarten, erregten auch unsere Artikel in der letzten Ausgabe der tacheles über den "ehrenwerten Bürger" Kissel die Gemüter.

Da haben wir unserem Nestbeschmutzer-Image mal wieder alle Ehre gemacht. Aber was bleibt uns denn übrig, wenn es sonst keiner tut?

In dieser Ausgabe dokumentieren wir die überörtliche Mediendiskussion zum Thema Kissel, damit sich die SolingerInnen im Vergleich zur Berichterstattung der Lokalpresse selbst ein Bild darüber machen können, was gebracht und was verschwiegen wird.

Mächtig gestritten wurde in der tacheles-Redaktion über das neue, rot unterlegte Titel-Emblem "Tach!". Von "saublöd" bis "genial" gingen die Meinungen auseinander. Schließlich obsiegte eine Mehrheit und beschloss die Rückkehr zum traditionellen tacheles-Schriftzug. Innovationen haben es eben überall schwer, auch bei uns.

Die tacheles-Redaktion wünscht Ihnen schöne Jahresendfeiern und ein Gutes Neues Jahr 2007.

Die Redaktion

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000

Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen, Fax: 0212 / 1 71 98, tachelesSG@wtal.de www.tacheles-solingen.de

Druck: Ordensgemeinschaft–Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, ☎ 0211 / 44939870 ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche c/o Cafe Courage, Klemens-Horn-Str. 3,

42655 Solingen

Bankverbindung: SEB, BLZ 330 101 11, Kontoinhaberin: Pauline Ehl.

Konto-Nr.: 297 349 6300

Fotos: Heinz Mähner

EM KOTTEN



Neumarkt 9 42651 Solingen Tel.: 0212-15582

weitere Infos unter www.em-kotten.de

Live Veranstaltungen

09.12.06 20 Uhr

Live Veranstaltung
Mit SNAKESKIN COWBOYS

15.12.06 20 Uhr

Live Veranstaltung Karaoke Show **EINTRITT FRE!!**

30.12.06 20 Uhr

Live Session Party

Hier lädt Dennis Zabienski zu einer mega Party Session ein! Jeder darf seine Instrumente mitbringen und das Publikum rocken! **EINTRITT FRE!!**

13.01.07 20 Uhr

Live Em Kotten Karaoke Show **EINTRITT FRE!!**



KOALITION ALS VERHÜTUNGSMITTEL

CDU und SPD schlossen im November einen Koalitionspakt. Beim SPD - Parteitag verweigerten mehr als 40% die Zustimmung. Ein kommentierender Bericht zum Koalitionsvertrag.

Schließung von Kindertagesstätten und Schwimmbädern

"CDU und SPD bekennen sich aufgrund der demographischen Entwicklung zu den anstehenden Veränderungen im Kindertagesstättenbereich" und damit dazu, u.a. über die Kürzung der Sonderförderung zahlreiche Kindertagesstätten zum Aufgeben zu zwingen. Dies, obwohl inzwischen noch klarer geworden ist, dass die Zerschlagung der Kindergartenstruktur es der Stadt auf absehbare Zeit unmöglich machen wird, den hohen Bedarf an Betreuungsplätzen für die unter-3-Jährigen zu erfüllen. Dies, obwohl die Stadt gesetzlich verpflichtet ist, bis zum Jahr 2010 diesen Bedarf zu decken, der in Solingen bei über einem Drittel der Befragten liegt. Damit verschenken CDU und SPD die Zukunftsfähigkeit Solingens. Solingen wird damit familienunfreundlicher und unattraktiver für junge Leute.

Das gleiche gilt für die Bäderpolitik. Nach der Koalitionsvereinbarung soll das Ohligser Hallenbad auch für den Vereinsund Schulsport aufgegeben werden. Die Freibäder, "Heide, Ittertal und Schellbergtal" werden "aufgegeben." Stattdessen verordnen die Koalitionäre: "Im Westen der Stadt wird ein neues Freibad errichtet." Als Alternative dazu soll auch ein "kombiniertes neues Hallen- und Freibad" geprüft werden, dafür wollen CDU und SPD zusätzlich auch noch das Hallenbad Vogelsang aufgeben. Eine dezentrale Bäderversorgung bedeutet jedoch gerade für junge und ältere Menschen ein wichtiges Stück Lebensqualität, beide Gruppen sind stärker auf eine wohnortnahe Versorgung angewiesen. Nur "ein" Bad für alle Solinger "Im Westen der Stadt" kann diese unmöglich herstellen. Das vorgesehene Investorenmodell wird - wie in anderen Städten - zu überhöhten Eintrittspreisen führen, dabei sind gerade die Kinder, deren Eltern keinen Urlaub finanzieren können, besonders auf eine preiswerte Schwimmgelegenheit angewiesen.

Neue Straßen braucht die Stadt

"CDU und SPD bedauern, dass die ursprünglich vorgesehene Westumgehung zur Entlastung der Innenstadt derzeit und auf absehbare Zeit durch Bund und Land nicht finanziert wird und durch die Stadt nicht finanzierbar ist", und wollen sich nicht von den alten Schnellstraßenträumen trennen: "Beide Parteien unterstreichen die Notwen-

digkeit, die Innenstadt vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Die Verwaltung wird beauftragt, ein auf diesen Erkenntnissen beruhendes zeitnah zu verwirklichendes Verkehrskonzept zur Entlastung der Innenstadt zu erstellen." Es sollen also für eine Westtangente-Light zusätzliche Millionen verbuddelt werden. Bei der Entlastung der Innenstadt ist natürlich nicht an eine Attraktivierung des Busverkehrs gedacht, haben CDU und SPD doch im Februar die Kürzung der Nahverkehrs-Förderung um 1 Mio. Euro jährlich (u.a. durch die Streichung von Buslinien) beschlossen.

Sozial unausgewogen

"Der Gewerbesteuerhebesatz bleibt nach der Erhöhung um 10 Punkte zum Jahr 2007 für den Rest der Wahlperiode stabil." Vergessen ist damit der Beschluss der SPD, die Gewerbesteuer um 30 Punkte zu erhöhen. Vergeben ist damit die Chance, dass sich die durch die unsoziale Steuer- und Finanzpolitik des Bundes an den Rand des Finanzkollapses gebrachte Kommune einen Teil der entgangenen Steuermillionen zurückholt, um damit wenigstens ihre Grundaufgaben (z.B. ausreichende Kinderbetreuung) erfüllen zu können.

Auch interessant: "Für die Vermarktung von Gewerbegrundstücken" sollen "ortsansässige Immobilienmakler einbezogen werden." Es wird die CDU-Klientel und die CDU-Mitglieder unter den Maklern sehr freuen, dass sie künftig an den Aufgaben der städtischen Wirtschaftsförderung mitverdienen dürfen.

Wie mache ich meine Kritiker mundtot?

"CDU und SPD stimmen im Rat und in allen von ihm beschickten Gremien einheitlich ab. Wechselnde Mehrheiten sind grundsätzlich ausgeschlossen. "Einigen sich CDU und SPD in den Ausschüssen nicht, entscheidet das "Koordinierungsgremium". Ihm gehören vier - wie sollte es anders sein? - Männer an. Die Festlegung auf ein grundsätzlich einheitliches Vorgehen beider Fraktionen im Rat geht weit über das übliche Maß an Kooperationsvereinbarungen in der Kommunalpolitik hinaus. Die SPD gibt mit dieser Koalitionsvereinbarung ihre komfortable Position im Rat auf: Nach der Lösung der FBU-Ratsmitglieder aus der CDU konnte sie entweder mit der CDU oder mit Grünen, BfS und FBU stimmen. Eine Mehrheit für ihre Vorstellungen war so in fast allen Fällen zu erzielen. Der Grund für die mit der Koalition eingegangene Selbstfesselung muss also ein anderer sein: Nur mit einer Koalition mit der CDU lassen sich die zum rigiden Kurs der Führung kritischen Stimmen in Partei, Rat und Ausschüssen mundtot machen. Wenn künftig SPD-Kommunalpolitiker sich von den heftigen Protesten gegen die Politik der tonangebenden Gruppe in der SPD-Ratsfraktion tangieren lassen, kann immer auf die CDU verwiesen werden, die einen ja nicht so lasse wie man (vielleicht) eigentlich wolle. Derselbe Mechanismus wird künftig auch gegenüber einzelnen sozialpolitisch engagierten CDU-Mitgliedern eingesetzt.

Dietmar Gaida

SOLINGER APPELL / FORUM GEGEN KRIEG UND RASSISMUS

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht, Neues Zuwanderungsgesetz, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

KONTAKT: C/O CAFÉ COURAGE,

KLEMENS-HORN-STR. 3 42655 SOLINGEN

SOLINGER-APPELL@OPERAMAIL.COM

TREFFEN ALLE 14 TAGE DONNERSTAGS UM 20H IM CAFÉ COURAGE

BESUCH EINER RATSSITZUNG - ODER - EINE LEHRE VON DER DEMOKRATIE!

Als interessierte Bürgerin besuchte ich die Ratssitzung Anfang November. Ich hatte morgens aus dem Radio erfahren, dass über eine Resolution des Integrationsrates zum kommunalen Wahlrecht für Migrantlnnen abgestimmt werden sollte. Das Thema beschäftigte mich schon länger und so war ich auf die Abstimmung "unserer" gewählten politischen VertreterInnen gespannt und wartete geduldig auf Tagesordnungspunkt 14.

Im großen Kammermusiksaal setzte ich mich auf einen der vielen leeren Besucherplätze – nur wenige Gäste hatten sich eingefunden. Ich war verwundert über die große räumliche Distanz zwischen Ratsmitgliederplätzen und Zuhörerraum. Ich sollte mich in den nächsten beiden Stunden noch mehr wundern.

Argumente sind Freiheitsberaubung

Bereits bei einem der ersten Tagesordnungspunkte wurde ein "harmloser" Antrag von einem CDU-Politiker in völlig unsachlicher Weise kommentiert. Es ging um einen Antrag mehrerer Fraktionen, die Sitzungsanzahl bestimmter Ausschüsse zu erhöhen, da diese oft den üblichen Zeitrahmen überschreiten und daher verantwortungsvolle, denn konzentriert überlegte, Entscheidungen kaum getroffen werden können. Die Reaktion auf diesen Antrag war erstaunlich. Nicht nur dass besagter CDU-Mann bei der Begrüßung die Namen aller Fraktionen im Rat nicht kennen mochte, er warf darüber hinaus dem Vortragenden des Antrages vor, er selber würde mit seinen Redebeiträgen in den Ausschüssen für Verzögerungen sorgen, es handele sich dabei sogar um "Freiheitsberaubung".

Ich konnte es kaum fassen. Was war das

denn nun für eine verbale Entgleisung? Von Demokratie scheint der Mann ja nicht viel zu halten und ein angemessener politischer Stil fehlt ihm offenbar ganz und gar. Und die nächste Überraschung folgte... donnerndes Klopfen auf den Tischen von der CDU und ... SPD-Fraktion!! Wie bei einem Spieleabend, nach mehreren Flaschen Bier...! So ging es dann weiter. Sachliche Argumente wurden in der Sitzung auch bei anderen Punkten mit völlig überzogenen Wortäußerungen von der "Gegnerseite" beantwortet. Ich gewann den Eindruck, hier ginge es in keiner Weise um eine sachliche und kompetente Auseinandersetzung bezüglich wichtiger kommunaler Entscheidungen. Alle Abstimmungsresultate stehen bereits vorher fest und die SPD-PolitikerInnen scheinen sich mit den CDU-PolitikerInnen in fast allen Punkten einig zu sein - große Koalition eben, auch in Solingen.

Und dieses ständige Donnern auf die Tische,abstoßend... erinnert an schlimme Zeiten...! Da mag man über das unruhige Hin- und Hergelaufe und Rumgequatsche von PolitikerInnen jeglicher politischer Couleur während der ganzen Sitzung noch absehen: Die müssen sich schließlich auch mal kurz inhaltlich austauschen, Pipi machen und einen Kaffee beim Nachbartisch klauen. Aber dieses Verhalten hätten wir uns mal in Schule und Ausbildung erlauben sollen....!!!

Ich musste nach zwei Stunden und bei Tagesordnungspunkt 10 gehen und verpasste leider die Abstimmung, wegen der ich gekommen war. Mir wurde jedoch später erzählt, dass hier die SPD ausnahmsweise die Koalition gebrochen hatte und so eine Mehrheit für die Resolution des Integrationsrates und gegen die Stimmen der CDU möglich wurde.

Übrigens habe ich von dieser Entscheidung nicht in der Presse gelesen und bin auch darüber höchst erstaunt. Der Schreiber des Solinger Tageblatts berichtete lediglich über die schlechte Stimmung im Rat. Die kommunalen Entscheidungen jedoch, die hier Anfang November fielen, wurden der Öffentlichkeit im Großen und Ganzen vorenthalten.

Eine besorgte Bürgerin



SITUATION EINER FLÜCHTLINGS-FAMILIE

Meine Familie und ich reisten 1989 in die Bundesrepublik Deutschland ein, weil wir als Ahmady-Muslime politisch verfolgt wurden. In Pakistan konnten wir unsere Religion nicht ausleben und mussten jeden Tag mit Festnahmen oder körperlichen Angriffen rechnen. Da wir keine Rechte hatten und in ständiger Angst lebten, beschloss meine Familie, nach Deutschland auszuwandern. Wir leben nun seit 16 Jahren mit einer Aussetzung der Abschiebung in Solingen. Pakistan, das Land meiner Eltern, ist mir fremd. Ein Leben dort ist für mich unvorstellbar, da ich nicht einmal die Sprache perfekt beherrsche, geschweige denn die Sitten und gesellschaftlichen Normen

Durch die gesetzlichen Maßnahmen, die durch unseren Anwalt und die Stadt Solingen erfolgt sind, wurde unsere Situation nicht verbessert. Momentan haben wie eine Duldung, die am 07.11.06 abläuft. Da wir eine Duldung besitzen, ist es uns nicht möglich, eine Tätigkeit aufzunehmen. Ein Beispiel dazu wäre, dass ich nach meinem Praktikum im Januar 2005, Altenheim, einen Nebenjob bekommen hätte. Leider scheiterte es. weil keine Arbeitserlaubnis vorhanden war. Ich wünsche mir, dass auch wir Menschen, die oft ihr ganzes Leben hier verbracht haben und verbringen, eine bessere Zukunft bekommen. Integriert haben wir uns, nur werden uns Steine in den Weg gelegt, die uns das Leben schwer machen.

Rahat







DIE NEUE BLEIBERECHTREGELUNG

......

Rede von Helmut Eckermann, anlässlich der Kundgebung am 20. November 2006 vom Solinger Appell – Forum gegen Krieg und Rassismus und amnesty international in Solingen

"Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen, liebe Freunde, wie Sie wissen, hat die IMK am Freitag nach einer jahrelangen Diskussion endlich einen Bleiberechtsbeschluss für ca. 200.000 in Deutschland geduldete Flüchtlinge gefasstfür Menschen, die zwar kein Asyl erhalten haben, die aber aus den verschiedensten Gründen nicht abgeschoben werden konnten und auch nicht freiwillig ausreisen können.

Die Innenminister haben folgendes beschlossen:

- Geduldete Ausländer mit Kindern, die länger als 6 Jahre in Deutschland leben und geduldete Ausländer ohne Kinder, die länger als 8 Jahre in Deutschland leben, erhalten sofort eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie jetzt schon eine Arbeitsstelle haben und der Lebensunterhalt der Familie gesichert ist
- Geschätzt wird, dass ca. 20.000 Geduldete derzeit Arbeit haben, aber für wie viele der Lebensunterhalt gesichert ist, steht noch nicht fest.

Weiterhin sollen die übrigen Geduldeten, die 6 bzw. 8 Jahre in Deutschland leben, ein zunächst auf 2 Jahre befristetes Bleiberecht bekommen, wenn sie bis zum 30. September 2007 einen Job haben, der den Lebensunterhalt sichern wird. Davon könnten schätzungsweise bis zu 75 – 80.000 Geduldete profitieren.

Ausgeschlossen sind:

- illegal in Deutschland lebende Ausländer, - jene, die ihren Aufenthalt durch "Täuschung der Behörden" erlangt haben oder - wegen "schwerer Straftaten" - z.B. Geldstrafen von mehr als 50 Tagessätzen (kumulativ) oder 90 Tagessätzen nach Ausländerrecht - verurteilt sind. bereits 6 Jahre und länger von Duldung zu Duldung leben und jederzeit von Abschiebung bedroht sind, von dem gefundenen Kompromiss profitieren können, kann noch niemand sagen. Für viele Betroffene, die seit vielen Jahren hier unter uns leben, deren Kinder z.T. hier

Wie viele der rund 100.000 Menschen, die

Für viele Betroffene, die seit vielen Jahren hier unter uns leben, deren Kinder z.T. hier geboren sind, hier zur Schule gehen oder auch schon studieren, bleibt die unsichere



Lebenssituation bestehen.

Es kommt auf das Kleingedruckte der Vereinbarung an, das noch nicht bekannt und vielleicht auch noch nicht vollständig geschrieben ist.

So appellieren das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und die Menschenrechtsorganisation amnesty international an die Innenminister der Länder und an den Bund, humane Lösungen für die zu finden, die aus den verschiedensten, im Einzelfall sehr unterschiedlichen Gründen, von den o.g. Regelungen nicht profitieren können.

Auch der Geschäftsführer von PRO ASYL, Günter Burkhardt, kritisiert den Beschluss

> der Innenminister als "völlig unzureichend und unsozial". In weiten Teilen Deutschlands sei die Arbeitslosigkeit so hoch, dass Geduldete keine Chance auf einen Arbeitsplatz hätten. Die von der Innenministerkonferenz beschlossenen Kriterien seien äußerst restriktiv und für viele unerfüllbar.

> Diesen Appellen und der Kritik schließen wir uns hiermit an und bitten vor allem den nordrhein-westfälischen IM Dr. Wolf sowie Bundesinnen

minister Schäuble und Bundesarbeitsminister Müntefering: verzichten Sie für die Dauer des Gesetzgebungsverfahrens zum neuen Bleiberecht auf Abschiebungen der potenziell Begünstigten und erlassen Sie einen sofortigen Abschiebestopp, verknüpfen Sie den unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt mit einer zweijährigen Aufenthaltserlaubnis, um den Betroffenen nach vielen Jahren der Unsicherheit endlich eine Integrationsperspektive zu geben,

legen Sie bundesweit in Abstimmung mit den Gewerkschaften einen gesetzlichen Mindestlohn für die Gruppe der bisher Geduldeten fest, passen Sie die Höhe des Einkommens zur Sicherstellung des Lebensunterhalts an die Leistungen nach dem AsylBewLeistG an, heben Sie zumindest landesweit die Residenzpflicht der Geduldeten auf, damit sie mehr Möglichkeiten haben, Arbeit zu finden, schaffen Sie humanitäre Öffnungsklauseln für diejenigen, die nachweislich keine Arbeitsstelle finden können, für Alleinerziehende, für Schwerkranke und für unbegleitete Minderjährige; schließen Sie keine Gruppe, bzw. Nationalität von den Regelungen aus, beenden Sie die unsägliche und menschenrechtswidrige Praxis der Kettenduldungen durch eine grundlegende Verbesserung des Zuwanderungsgesetzes, verabschieden Sie das geplante Gesetz zum Bleiberecht möglichst zügig, damit die Betroffenen und die Behörden nicht länger im Ungewissen bleiben. Wer großzügige humanitäre Regelungen zum Bleiberecht vor allem braucht, das sind die Kinder, und die Jugendlichen, die hier z. T. geboren wurden und hier zur Schule gegangen sind sowie junge Erwachsene mit

Ich bitte Sie, bei den Landes- und Bundespolitikern großzügige Bleiberechtsregelungen für diese jungen Menschen einzufordern."

ihren Familien, die hier vollständig inte-

Die Solinger Gruppe von amnesty international trifft sich regelmäßig am ersten Mittwoch im Monat. Infos unter: Tel. 0212 / 8 05 23 oder 0212 / 4 15 78 www.amnesty-solingen.de



Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Bezirk 3560
Gruppe 1424

Helmut Eckermann Burger Landstraße 19 42659 Solingen

Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empänger

Grüne Vorschläge setzen sich durch

Als Ende August dieses Jahres die grün-offene Fraktion zehn Anträge zur Revison der Regelungen der Kosten der Unterkunft (KdU) für Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen stellte, war die Aufregung groß. Gestern verabschiedete der Sozialausschuß eine in zwei nichtöffentlichen Sitzungen der Begleitkonferenz zur ARGE diskutierte Regelung, die weitestgehend die Forderungen der Grünen beinhaltet. Für den sozialpolitischen Sprecher der grün-offenen Fraktion, Frank Knoche, ist diese neue Regelung, welche in eine Dienstanweisung der Hartz-Behörde eingearbeitet wird, ein großer Erfolg. "Wir haben innerhalb des Rahmens, der uns durch die Bundesgesetze und die finanziell unzureichende Finanzausstattung der Kommunen durch den Bund vorgegeben ist, hiermit eine gerechtere Lösung gefunden und zahlreiche bürokratische Hürden abgebaut", erklärt der grün-offene Sozialpolitiker.

Konkret wurden die Höchstsätze für Öl- und Gasheizungen um 15 und mit der Mehrwertsteuererhöhung zum 01. Januar 2007 um weitere drei Prozentpunkte angehoben. Damit dürfte die Obergrenze bei 1,23 bzw. 1,26 Euro pro Quadratmeter/Monat, anstatt wie bis her bei 1,07 Euro, liegen. Eine Erhöhung der Kohleund Nachtstrom-Sätze wurde leider nicht in Erwägung gezogen, u. a. weil belastbares Datenmaterial fehlt. Allerdings wird sich die Anhebung der Öl- und Gashöchstsätze auch hier zukünftig auswirken.

Mit der Übernahme der Produkttheorie im Gegensatz zur bisher angewendeten Kombinationstheorie, bei der die Überprüfung der Angemessenheit einer Wohnung von fünf einzelnen Faktoren abhängig war, haben ALG-II-Empfängerinen jetzt mehr Möglichkeiten, im Rahmen der entscheidenden Gesamtkosten ihre individuellen Spielräume und Wohnvorstellung zu gestalten. Entscheidendes Kriterium soll jetzt das Endprodukt, also der Gesamtpreis einer Wohnung inklusive Grundmiete, Neben- und Heizkosten sein. Eine Wohnung gilt demnach als angemessen, auch wenn die Quadratmetergrößen pro Person über- bzw. unterschritten werden, hauptsache die Gesamtkosten bewegen sich im Rahmen. Bei diesem bis zuletzt umstrittensten Punkt kam den Antragstellern das jüngste Grundsatzurteil des Bundessozialgerichtes zur Hilfe.

Beendet wurde auch die Benachteiligung von Wohngemeinschaften gegenüber den "normalen" Hausgemeinschaften. Den Wohngemeinschaften wird nun mehr Gemeinschaftsfläche zugestanden, so dass eine Wohnungsgröße von 70 qm für zwei und 90 qm für drei Personen als angemessen gilt anstatt wie bisher 60 und 75 qm.

Zu weiteren Anträgen der Grünen wurden zwar keine konkreten Regelungen vereinbart, allerdings näherten sich hier Sichtweise und Problembewusstsein von Politik und Verwaltung weiter an, so dass positive Reaktionen zu erwarten sind. Dies betrifft den erweiterten Umgangskontakt mit den Kindern getrennt lebender Eltern (Besucherregelung bzgl. etwas mehr Wohnraum), die erschwerte Wohnraumsuche für Menschen mit Schufa-Eintrag, und die Ausnahmeregelung für Mieter, welche schon viele Jahre in ihrer Wohnung leben.

Die beantragte Wiedereinführung einer Toleranzgrenze bei Überschreiten der Mietobergrenzen fand allerdings keine Mehrheit bei SPD und CDU.

Die Verwaltung kündigte an, die Energiekostenregelung demnächst alle sechs Monate zu überprüfen. Die Grundmieten- und Nebenkosten-Anteile im Produkt Kosten der Unterkunft sollen mit eventuellen Veränderungen des Mietspiegels angepasst werden.

Frank Knoche wertete die neue Regelung der Kosten der Unterkunft als einen Beleg dafür, dass auch aus der Opposition heraus Forderungen erfolgreich durchgesetzt werden können, wenn diese gut begründet und hartnäckig vertreten werden. Wünschen würde sich der sozialpolitische Sprecher der grün-offenen Fraktion nur, dass solche Entscheidungsprozesse zukünftig transparenter, schneller und mit weniger Blockadehaltungen stattfinden könnten.

Pressemitteilung

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen - offene Liste



ALG II: Leistungskürzung bei Krankenhausaufenthalt?

Fritz Laufer traute seinen Augen nicht mehr, als er das Schreiben der Solinger Hartz-IV-Behörde las. Weil er vier Wochen im städtischen Klinikum behandelt wurde, soll sein Arbeitslosengeld II um 35 Prozent des Regelsatzes (345 Euro) gekürzt werden. Begründet wird diese Kürzung damit, dass der Verpflegungsanteil im Regelsatz in dieser Zeit ja über seine Krankenkasse abgedeckt wurde und dieser Anteil von ihm nicht benötigt wurde.

Eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag wird von der Bundesregierung schließlich auch so beantwortet, dass eine solche Kürzung der Regelleistung bis zu 35 Prozent statthaft wäre. Mittlerweile jedoch gibt es einige Sozialgerichtsurteile, die eine Kürzung der Regelleistung bei vorübergehenden stationären Aufenthalten für unzulässig erklären.

So wurde die ARGE Greifswald in einem Klageverfahren gezwungen, solche Kürzungen zurück zu nehmen. Auch das Sozialgericht Detmold stellte in einem Beschluss fest, dass "ein Abzug von der Regelleistung wegen häuslicher Ersparnisse unzulässig sei". Das Sozialgericht Berlin führte diesbezüglich in einer Entscheidung vom 06.03.2006 (Az: S 103 AS 468/06) aus, dass bei einer pauschalisierten Regelleistung ein tatsächlicher geringerer Bedarf nicht zu einer Kürzung der Regelleistung führen könne. Die Gewährung pauschaler Leistungen berge stets das Risiko, dass einerseits ein tatsächlich höherer Bedarf nicht gedeckt sei und andererseits ein tatsächlich niedrigerer Bedarf zu einer Überdeckung beim Leistungsempfänger führe, argumentiert das Gericht. Die Pauschalisierung sei eine Grundsatzentscheidung in Sachen Hartz IV gewesen. Die damit verbundene Vereinfachung und Nichtbewertung individuell höherer oder niedrigerer Bedarfe sei vom Gesetzgeber bewusst in Kauf genommen worden.

Frank Knoche



WILDE WISIONEN VERZWEIFELT GESUCHT

EINE VERANSTALTUNGSREIHE DER STIFTUNG W.

.....

Mit unserer Veranstaltungsreihe wollen wir irritierende, Widerspruch provozierende und hoffentlich unbequeme Diskussionen anstoßen, die es uns ermöglichen, wieder miteinander ins Handeln zu kommen. Hierbei wollen wir zu gesellschaftlich relevanten Themen Menschen und Positionen zusammenbringen, die sich nicht mit der scheinbaren Kausalität von theoretischer Verunsicherung und politischer Handlungsunfähigkeit abfinden wollen.

Bei unseren Veranstaltungen wünschen wir uns eine Atmosphäre, in der wir unsere unterschiedlichen Erfahrungen, Praktiken und Träume zusammen reflektieren können, ohne uns abermals in verhärteten Fronten gegenseitig mit den allseits bekannten Antworten zu traktieren. Wenn es uns dabei im Rahmen einer produktiven Diskussions- und Streitkultur gelänge, erste wilde Wisionen jenseits traditioneller Vorstellungen von Solidarisierung und Organisation der Massen zu skizzieren und vorhandene Ansätze dazu aufzuzeigen, wäre dies ein gelungener Anfang.

Kommunikationsguerilla

Irritation der Normalität als (neue) Widerstandsform? Mittwoch 13.12.06, 19.30 Uhr, Alte Feuerwache Gathe 6, Wuppertal

In unserer Veranstaltung wollen wir die verschiedenen Facetten von Kommunikationsguerilla darstellen und eine Bilanz versuchen. Ist Kommunikationsguerilla die adäquate (postmoderne) Antwort auf die Krise der linken Identitätspolitik und das Abebben wirkmächtiger sozialer Bewegungen? Ist sie die konsequente Umsetzung »dekonstruktiver« Politikvorstellungen oder bloß Spielerei von akademisierten Mittelschichts-Linken, die die Mühen kollektiver Organisierung scheuen? Was ist von der Strategie der Kommunikationsguerilla in Zeiten zu halten, in denen Werbeagenturen längst die Aufmerksamkeitsmacht der subversiven Aktion erkannt und sich angeeignet haben? Worin besteht ihre subversive Sprengkraft im Vergleich zu Fernsehsendungen á la »Verstehen Sie Spaß«?

Der Referent:

Luther Blissett ist politischer Akti-

vist und lebt zu vielen Zeiten an vielen Orten. Er ist Mitherausgeber des »Handbuchs der Kommunikationsguerilla«.

Verunsicherte Existenzen - Widerstand ohne Modelle?

Bedingungen und Möglichkeiten sozialer Proteste in Zeiten der Prekarisierung Mittwoch, 31.01.07, 19.30 Uhr Alte Feuerwache

Die gegenwärtige ökonomische und soziale Entsicherung sowie der zunehmende Abbau materieller, sozialer und politischer (Selbstbestimmungs)Rechte scheinen lautstarke Proteste und ein Sich-zur-Wehr Setzen zurzeit dringend erforderlich zu machen. Dennoch entfalten »alte« Politikformen wie Streiks und Demonstrationen weder massenhafte Mobilisierungskräfte noch große politische Wirksamkeiten und Erfolge.

Gleichzeitig scheint es keine »großen«, schlagkräftigen und als solche erkennbaren sozialen Bewegungen mehr zu geben. Dass dies mit dem Verlust eindeutiger, »unverlierbarer« und gemeinschaftsstiftender Identitäten (»wir Arbeiterinnen«, »wir Frauen«, »wir Schwulen«, »wir Linken« etc.) und den aus diesen abgeleiteten festen Welt- und Lebensentwürfen, politischen Forderungen, Botschaften und Organisierungsstrukturen zu tun haben könnte, wollen wir zur Diskussion stellen.

Die Referenten:

Marc Amann ist Psychologe und politischaktivistischer Puppenspieler aus Tübingen. Er ist Herausgeber des Buches »go.stop.act! Die Kunst des kreativen Straßenprotests«. Sebastian Haunss ist Politikwissenschaftler und lebt in Hamburg. Er arbeitet zu sozialen Bewegungen, insbesondere zu Prozessen kollektiver Identität, zu bewegungsinternen Entscheidungsprozessen und zu visuellen Formen der Bewegungskommunikation

Hausarbeit im öffentlichen Raum?

Zur Praxis von Hartz IV und ihrer Kritik

Ein Workshop mit Irina Vellay u.a. Tagungszentrum Ökumenische Werkstatt

Missionsstr. 9, Wuppertal 03.03.07 10 Uhr bis 17 Uhr

Im Rahmen eines Workshops wollen wir einen Einblick in die konkrete gesellschaftliche Praxis von Hartz IV gewinnen und den aktuellen Stand der kritischen Diskussion reflektieren. Das Seminar wird in Zusammenarbeit mit Irina Vellay (Dortmund) durchgeführt, die unter anderem aus ihrem laufenden Forschungsprojekt zu den gesellschaftlichen Wirkungen von Hartz IV berichtet. Weitere ReferentInnen werden eingeladen. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, bitten wir um vorherige Anmeldung.

Weitere Informationen: www.stiftung-w.de www.wildewisionen.de http:// kommunikationsguerilla.twoday.net/

Stifung W. Hohenstein 120 42283 Wuppertal 0172/ 28 00 820 mail@stiftung-w.de



BÜRGERANTRAG GEPLANT

Anwohner protestieren gegen Weiterbau der Viehbachtalstraße (L 405 / B 299n)

Gegen die geplante Weiterführung der Vieh-bachtalstraße von Solingen-Ohligs zum Langenfelder Kreuz formiert sich Widerstand von Anwohnern, Umweltschützern und besorgten Bürgern. Fast 200 Menschen kritisierten das geplante Großprojekt am 20.Oktober auf einer kurzfristig angesetzten Informationsveranstaltung in Ohligs-Aufderhöhe als unnötig und umweltfeindlich. Häuser müssten abgerissen werden, Naherholungs- und Landschaftsschutzgebiete würden durchschnitten und zerstört und viele Wohngebiete unzumutbaren Belastungen ausgesetzt.

Zu dem Treffen in der Siedlung Börkhauser Feld im Solinger Stadtteil Ohligs-Aufderhöhe war mit Handzetteln eingeladen worden, nachdem die neue nordrheinwestfälische Landesregierung den südlichen Weiterbau der Solinger Stadtautobahn entlang der Bahnstrecke Auf der Trasse, Blick zur Kirche im Solinger Stadtteil Ohligs, im Hintergrund die Kleingartensiedlung am Busche-Kessel-Weg

den kann. Dazu wird unter anderem die Gründung einer Bürgerinitiative erwogen und es sollen Bürgeranträge gestellt werden. Außerdem wurde begonnen, Unterschriften zu sammeln.

Ansprechpartner für weitere Informationen oder den Bezug von Unterschriftenlisten sind:

Michael Bischoff, Rupelrath 51, 42699 SG, Tel.: 61709 Dieter Lehnick, Rupelrath 22, 42699 SG, Tel.: 652985



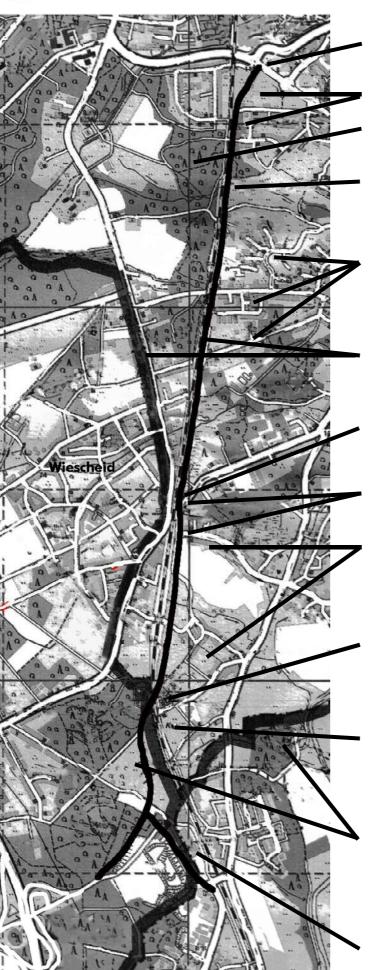
Ohligs-Köln als vordringlichen Bedarf in die so genannte Integrierte Gesamtverkehrsplanung (IGVP) aufgenommen hatte. Die alte Landesregierung hatte die Planungen in den 90er Jahren aus Verkehrs- und Umweltschutzgründen aus der Landesstraßenbedarfsplanung herausgenommen.

Auf der Info-Veranstaltung wurden Hintergründe und Stand der Planung (L 405 / B 229 n / L 079) erörtert. Auch alternative Autobahnanschlüsse wurden diskutiert, die menschen- und umweltfreundlicher sowie kostengünstiger wären. Mehrere Redner verlangten, den Verkehrsfluss an der Autobahnauffahrt Solingen-Langenfeld weiter zu verbessern, nachdem die neue Abbiegespur in Richtung Düsseldorf/Oberhausen bereits für spürbare Entlastung gesorgt habe.

Nach dieser ersten Veranstaltung wird nun diskutiert, wie der unsinnige Straßenbau (ein seit Jahrzehnten von der Politik verfolgtes Prestigeobjekt) zum Wohl von Menschen und Umwelt rechtzeitig gestoppt wer-







Vorgesehener Streckenverlauf der Viehbachtalstraße (L 405 und B229n)

Zerstörung der Kleingartensiedlung und Belastung der Siedlung Wiefeldick

Hackhauser Wald

Durchschneidung des Börkhauser Bachtals, des Naherholungsund Landschaftsschutzgebietes

Abriss von Häusern, Verlärmung und Belastung durch Schadstoffe im Bereich der Wohngebiete Erikaweg, Höher Heide, Eichendorffstr., Nußbaumstr., Börkhauser Feld

Unsinniges Verkehrskonzept: parallele Trassenführung L 405 / Bonner Str.

Verkehrskollaps am Knotenpunkt Landwehr durch Zusammenführung von B229n, Landwehrstr. und Bonner Str.?

Anbindung und Verlärmung der Wipperauer Str., Abriss von Häusern

Verlärmung und Belastung durch Schadstoffe der Wohn- und Naherholungsgebiete im Bereich Rupelrath, Holzkamp und Wipperauer Str.

St. Reinoldi-Kapelle Rupelrath: massive Gefährdung des zweitältesten Gebäudes Solingens durch Erschütterung, Verlärmung und Zerstörung des Umfeldes

Unwiderrufliche Zerstörung des Landschaftsschutzgebietes mit artenreicher Flora und Fauna

Durchschneidung des Quellgebietes Kurzenbruch und damit Beeinträchtigung der Feuchtbiotope im Naturschutzgebiet Müllerhof

Querspange (L 079) von der B 229n zur L 288: Zerstörung der letzten Reste der Leichlinger Sandberge durch die Trassenführung der Straßen

WWW.SOLINGEN-NATUR.DE

Umweltschutz im Internet – was gibt's denn da?

In den unendlichen Weiten des Internets existieren unzählige Seiten, die sich mit dem Thema Umweltschutz auseinandersetzen. Doch welche sind gut und welche nicht so dolle? Hier soll ein kleiner (natürlich subjektiver) Überblick über ganz gut gelungene Webauftritte gegeben werden.





www.solingen-natur.de

Seite der Solinger Naturschutzvereine BUND, NABU und RBN. Wenn in Solingen etwas im Bereich des Umwelt- oder Naturschutzes passiert, kann man es hier finden. Veranstaltungskalender im Forum, Infos zu den einzelnen Vereinen und fachliche Hintergründe auf den Seiten der Bio-Station Mittlere

Wupper für jedermann verständlich aufbereitet. Wer in Solingen aktiv werden möchte, sollte hier mal reinschauen.

www.keine-gentechnik.de

Internetseite des Informationsdienstes Gentechnik (u.a. von Bioland, BUND, Greenpeace, Demeter, NABU und Naturland). Hier findet ihr zahlreiche Argumente und Aktionsmöglichkeiten für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Ernährung. Aber auch Ideen zur praktischen Umsetzung, Beiträge, die sich kritisch mit den Pro-Gentechnik-Argumenten auseinandersetzen oder wissenschaftliche Studien zu fachspezifischen Themen. Das "Portal für Aktive" bietet die Möglichkeit Mitmach-Aktionen, eigene Veranstaltungstermine oder Pressemitteilungen eigener Gentechnik Initiativen zu veröffentlichen.

www.natur-in-nrw.de

will den naturinteressierten Laien und den Interessenverbänden, die sich für die Natur engagieren, ein elektronisches Bestimmungsbuch an die Hand geben. Artenlisten von möglichst vielen Tier- und Pflanzenarten

NRW's werden aufgestellt und durch Fotos von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen ergänzt. So soll ähnlich wie bei wikipedia eine ständig wachsende Datenbank zum Mitmachen erstellt werden. Private Seite, seit April 2005.

www.greenpeace-magazin.de

Internetseite der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift (einzige kommerzielle Deutschlands ohne Werbung). Das Greenpeace Magazin ist finanziell und inhaltlich unabhängig von der gleichnamigen Umweltorganisation. Inhaltliche Schwerpunkte liegen auf Umwelt- und Sozialthemen, und deren Verknüpfung mit wirtschaftlichen und ethischen Zusammenhängen. Zudem werden Tipps zum Umweltschutz im Alltag gegeben. Kostenloser Newsletter (ca. wöchentlich).

www.ausgestrahlt.de

Getragen wird die Webseite vom BUND, der Initiative X-tausendmal quer und dem Online-Netzwerk Campact. Die Kampagne ".ausgestrahlt" will Menschen zusammenführen, die aktiv werden wollen und organisiert den Austausch von Informationen und Handlungsangeboten mit

dem Ziel, die unterschiedlichen Kräfte zu gemeinsamem politischem Druck zu verbinden. Ausgestrahlt.de bietet vielfältige Ideen für eigene Aktivitäten: Demonstrationen, LeserInnenbriefe an örtliche Zeitungen, Infomaterial verteilen, endlich den Stromanbieter wechseln und grünen Strom beziehen, Blockade-Aktionen u.v.m. "Niemand sollte sich überfordern - aber es sollte sich auch keine/r unterfordern. Wichtig ist nur, dass jede und jeder anfängt etwas zu tun, je nach den eigenen Möglichkeiten." Kostenloser Newsletter.

www.vistaverde.de

vista verde ist ein privates Internetportal zum Thema Umwelt und Natur. Im Online-Magazin werden tages-



aktuelle Nachrichten von Artenschutz bis erneuerbare Energien, von Klimawandel bis Nachhaltigkeit präsentiert. Aber auch über viele kleinere Ereignisse die sonst kein Stoff für die Titelseiten sind, wird berichtet. Ein Verzeichnis bietet über 3.000 Web-Adressen aus dem Umwelt- und Naturschutz. In moderierten Foren können LeserInnen aktuelle Fragen diskutieren. Dieses Angebot wird durch den kostenlosen Newsletter ergänzt, der jeden Abend einen Überblick über die Nachrichten des Tages liefert.





FAST 6000 EURO AN SOLINGER INITIATIVEN

Pressemitteilung des Ökofonds über die Spenden an Solinger Initiativen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Solinger Ökofonds ist ein Zusammenschluss von Initiativen und Vereinen, der Projekte u. a. für die Förderung des Erhalts der Umwelt, für die Integration von MigrantInnen und für die Unterstützung von sozial Benachteiligten unterstützt. Die Finanzmittel des Ökofonds stammen überwiegend vom Kreisverband Solingen von Bündnis 90/Die Grünen, der dies mit Spenden der Rats-, Bezirksvertretungs- und Ausschussmitglieder finanziert.

Seit November 2004 konnte der Ökofonds folgende Anträge von Initiativen und Vereinen finanziell unterstützen:

- 300 Euro an den Bergischen Naturschutzverein e.V. (RBN) zur Mitfinanzierung des Obstwiesenfestes als Auftaktveranstaltung für Maßnahmen zur Pflege und Nachpflanzung von Obstbäumen;
- 400 Euro an die Internationale Liste im Ausschuss für Zuwanderer- und Integrationsangelegenheiten für Druckkosten und Plakatträger zur Information über deren Arbeit bei der Direktwahl der Ausschussmitglieder;
- 200 Euro an das Anti-Hartz-Bündnis Solingen zur Unterstützung einer Kundgebung gegen Hartz IV und für Alternativen dazu (Flugblätter, Plakate und Künstlergage);
- 900 Euro an bleiberecht.com für die Unterstützung der wöchentlichen Mahnwachen im Herbst/Winter 2005 vor dem Solinger Ausländeramt gegen die Abschiebung von langjährig geduldeten Flüchtlingen;
- 800 € an den Förderverein Internationaler Frauentreff e.V. für einen Deutschkurs für muslimische Mütter;
- 400 Euro an bleiberecht.com für die Unterstützung einer Podiumsdiskussion zum Thema Flüchtlings-, Migrations- und Integrations-Politik;
- 250 Euro an den Bürgerverein "Rund um die Zietenstraße" e.V. für die Anschaffung einer Digitalkamera für die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins in der Stadtteilzeitung HaZiFu und im Hauskanal des Spar und Bauvereins;
- 400 Euro an den Runden Tisch gegen häusliche Gewalt in Solingen für die Durchführung einer Seminarreihe für Jugendliche und pädagogisches Personal an Schulen zum Thema Zwangsheirat;
- 375 Euro an den Förderverein Internationaler Frauentreff e.V. für den Ersatz von Einrichtungsgegenständen und Fachliteratur zum Ausländerrecht nach einem Brand im Café;
- 275 Euro an die Bürgerinitiative gegen die Weiterführung der Viehbachtalstraße (L 405 und B 229) für den Druck von Informationsflugblättern;
- 300 Euro an den Arbeitskreis Fledertierschutz Solingen e.V. (AKFSG) für die Technik zur Erfassung der Flugaktivitäten von Fledertieren zur Erforschung der Eignung stillgelegter Regenrückhaltebecken als Winterquartiere;
- 1252,80 Euro an den Bergischen Naturschutzverein e.V. (RBN) für Pflanzung und Pflegeschnitte einer Obstbaumhochstammreihe mit regionaltypischen Sorten am Naturdenkmal "Ehemalige Tongrube" in Solingen-Höhscheid.

Maria Schulz

Mitglied der Geschäftsführung des Solinger Ökofonds



Planung Gestaltung Ausführung Mietmöbel Grafik

Systembau Konventionell Kombiniert



alfa Messebau Obere Holzstraße 14 42653 Solingen

Tel.: (02 12) 31 06 61 Fax: (02 12) 31 15 59

Arbeitsgemeinschaft ganzheitliche Psychotherapie



Psychodrama, Sozialtherapie, Supervision, Coaching, Gestalttherapie, Ausbildung

Beratung, Psychotherapie, Supervision, Gruppenabende, Aus-/Weiterbildung

Schauen Sie doch mal meine Homepage an: www.friedel-geisler.de

oder rufen Sie mich an:

montags – donnerstags in der Zeit von 12.00 bis 13.00 Uhr; zu anderen Zeiten wird Ihre Nachricht aufgezeichnet: **Tel. 0212/273 478**.

Friedel Geisler

Psychotherapeutin (HpG)

Psychodrama-Ausbilderin DAGG/DFP, Supervision DGSv, Theologie, Dipl.-Rel.-Päd. Konrad-Adenauer-Str. 21, 42651 Solingen

Telefon 0212/273 478, Fax 0212/273 479

KISSELS AKTIVITÄTEN NUN BUNDESWEIT BEKANNT

Anfang Oktober wurde in der bundesweiten Öffentlichkeit erneut das rechtsextreme Wirken des Solinger Bauunternehmers und Ehrenobermeisters der Solinger Bauinnung, Günther Kissel beleuchtet. Anlass war der Bau einer Moschee in Duisburg-Marxloh durch eine Firma Kissels. Wir dokumentieren einige Textauszüge:

- Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) (4.20.06): In Solingen, dem Sitz von Kissels Unternehmen, ist seine Gesinnung lange bekannt. Seit 1988 stimmen die Vertreter der Grünen im Rat der Stadt gegen die Vergabe von Aufträgen an Kissel oder enthalten sich. (...) 1997 sprach das Landgericht Wuppertal einen Redakteur der Solinger Zeitung "tacheles" frei, der Kissel als "Auschwitzleugner" und "rechtsextremistischen Drahtzieher" bezeichnet hatte. Der Richter bezog sich unter anderem darauf, dass Kissel im Vorwort des Buches "Deutschland und die Kriegsursachen" schrieb: "Als gesetzestreuer Bürger darf ich zum Beispiel an der berühmten 6-Millionen (Holocaust) Zahl nicht zweifeln, sonst sperrt man mich ein und das hätte ich gar nicht so gerne. Aber muss ich dann auch gesetzestreu daran glauben?" (...) In einem Leserbrief an eine Zeitung klagte er, dass dem "Blutzoll" der Waffen-SS vom Vaterland auf beschämende Weise gedankt würde.
- WDR.de (6.10.06): Das NRW-Innenministerium hatte 2001 auf eine Große Anfrage der Grünen-Fraktion formuliert: "Kissel ist auch als Spender für rechtsextremistische Parteien bekannt geworden."
- taz NRW (6.10.06): Der Solinger Baulöwe Günther Kissel ist seit langem dafür bekannt, dass er in Nazi-Kreisen verkehrt. Trotzdem bekommt er weiterhin Aufträge der öffentlichen Hand, von Städten und Gemeinden. In diesem Fall deshalb, weil er

laut Recht und Gesetz als günstigster Anbieter den Zuschlag bekommen muss. Doch: Kann es sein, dass ein Mann subventioniert wird, der für braunes Gedankengut eintritt? Und laut Gericht als "Auschwitzleugner" bezeichnet werden darf?

- Rheinische Post (6.10.06): Zudem soll Kissel einem Verein von Holocaust-Leugnern eine Spende in Höhe von 54.000 Euro angeboten haben.
- Stuttgarter Zeitung (7.10.06): Mal spendete er der NPD Geld, dann wieder ließ er sich so zitieren, dass er in die Nähe von Holocaust-Leugnern geriet.
- Frankfurter Rundschau (7.10.06): Eine Überprüfung des Vergaberechts bei öffentlich geförderten Bauten fordert die Islam-Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Lale Akgün. Fälle wie in Duisburg, wo ein rechtsgerichteter Bauunternehmer den Rohbau der größten Moschee Deutschlands errichtet, müssten verhindert werden. (...) Die SPD-Politikerin Akgün nannte es auf FR-Anfrage "absurd, dass nun öffentliche Mittel in die Taschen solcher Leute fließen, die gegen das demokratische System arbeiten".

Weitere Berichte über Kissels Aktivitäten erschienen u.a. in den Zeitungen Der Tagesspiegel, DIE WELT, Neuß-Grevenbroicher Zeitung, Handelsblatt, Kölner Stadt-Anzeiger und Süddeutsche Zeitung.

Der Rechtsextremist Günther Kissel ist entgegen anders lautenden Gerüchten der alleinige Eigentümer der Gesellschafteranteile bzw. der einzige Kommanditist seiner Firmen Kissel-Baubetreuung GmbH, Kissel-Heimbau GmbH & Co KG, Kissel-Heimbau Verwaltungs GmbH, Kissel Plus GmbH, Kissel-Projektplan GmbH, Kissel-Rapid GmbH, Kissel-Rapid GmbH & Co KG, Kissel-Wohnungsverwaltung Geschäftsführungs

GmbH, Kissel-Wohnungsverwaltung GmbH & Co KG und kann seine Entscheidungen somit völlig souverän, auch gegen den Willen seiner Geschäftsführer treffen.

Dietmar Gaida

"Wäre der nationalen Sache gedient wenn ein Anhänger des Systems die Gewinne aus dem Bau der Moschee einstreichen würde und einen Teil dazu verwenden würde um sie den Systemparteien zu Spenden? Nein! Wir leben im System und können dieses nur aus sich selbst heraus bekämpfen. Ich sehe jedenfalls keine Doppelmoral wenn ein nationaler Unternehmer etwas baut was ohnehin nicht zu verhindern ist, daran Geld verdient und einen Teil dieses Geldes zur Bekämpfung des Systems verwendet."

Eintrag im Diskussionsforum von Altermedia.info vom 7.10.06

"Für die nationale Sache ist es definitiv hilfreicher, wenn man durch solche Entscheidungen dafür sorgt, dass die Devisen und Ressourcen des Staates und der Feinde des Volkes eben einem deutschen Unternehmen und damit auch der deutschen Sache zugute kommen, anstatt dass diese an ausländische Unternehmen gehen, welche damit nur die Verelendung des Volkes vorrantreiben Die gültige Währung ist halt immer noch Geld und nicht Moralpunkte und ohne Geld ist jeglicher nationaler Befreiungskampf nun mal ein aussichtsloser, da muss man ganz klar Pragmatismus und Realismus vor Idealismus setzen!".

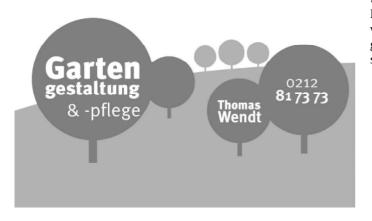
Eintrag im Diskussionsforum von Altermedia.info vom 11.10.06

Kommentar lst es schon wieder so weit?

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass Sozialabbau und Deklassierung, u. a. durch die Hartz-Politik, viele Menschen für die Nazi-Propaganda unkritisch macht, dann lieferte diesen Kissel- Geschäftsführer Dr. Norbert Zimmermann. "Die derzeitige Diskussion sei sachlich völlig unbegründet" und habe alle übrigen Mitarbeiter der Firmengruppe Kissel-Rapid "persönlich schwer getroffen". Günther Kissel stelle die "Erträge weiterhin dem Unternehmen zur Verfügung", "übernehme soziale Verantwortung" und die Firma "bilde derzeit elf junge Menschen aus", zitiert die Solinger Morgenpost vom 14.10.06 den Kissel-Vertrauten, der nach eigenen Angaben Mitglied der CDU ist.

Ist es schon wieder soweit, dass man "rechtsextremistische Drahtzieher, Auschwitzleugner und Volksverhetzer" nicht mehr beim Namen nennen darf, wenn sie Arbeitsplätze schaffen und erhalten?

Frank Knoche





WUNSCHPROJEKT UND GRUSELSTÄTTE

.....

Der Solinger Hauptbahnhof im Wandel der Zeiten (Teil I)

Als am 6. Mai dieses Jahres das Forum für Produktdesign und der neue Haltepunkt Grünewald eröffnet wurden – beides zum großen Stolz unseres Oberbürgermeisters -, fand damit eine rund 100jährige Eisenbahngeschichte ihr Ende. Dabei hatte der alte (Haupt)Bahnhof für Solingen einst eine große Bedeutung gehabt, ja er war ein Hoffnungsträger für die wirtschaftliche Entwicklung gewesen, ähnlich wie er es heute als Zentrum für Produktdesign ebenfalls sein soll. Schauen wir einmal zurück.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren vor allem industriell tätige Regionen wie Solingen auf einen Eisenbahnanschluss für den Transport von Kohle und Stahl dringendst angewiesen. Dennoch musste man gerade im Bergischen, nicht zuletzt aufgrund der schwierigen Topographie, lange auf den begehrten Anschluss warten.

Nach vielen Plänen und langen Diskussionen war der erste Bahnhof auf (heutigem) Solinger Gebiet schließlich der Bahnhof Ohligs. Er wurde am 25. September 1867 eröffnet. Solingen Mitte erhielt am gleichen Tag von dort aus einen Nebenanschluss. Dieser erste eigentliche Solinger Bahnhof lag am Weyersberg.

Da sollte er jedoch nicht lange bleiben: Er hatte nämlich aufgrund seiner Lage im Talkessel äußerst ungünstige Voraussetzungen. Nicht nur, dass sich Reisende mit schwerem Gepäck über 60 Stufen hoch quälen mussten, im Winter rutschten die Fuhrwerke auf den steilen und schlammigen Straßen aus. Bis jedoch ein neuer Bahnhof gebaut war und auch die anderen Gemeinden den (heiß begehrten) Anschluss an das Eisenbahnnetz erlangten, sollte es noch einige Jahre dauern!

Die Bahn näherte sich dann Solingen von Norden her, zunächst über Gräfrath bis Wald. Wegen ihrer zahlreichen Kurven er-

hielt die Strecke ihren Beinamen "Korkenzieherbahn". Bis zu der Bahnhofseröffnung in Solingen selbst wurden jedoch noch die abenteuerlichsten Ideen diskutiert (zum Beispiel ein Tunnel unter der Solinger Innenstadt). Auch der Standort bereitete Schwierigkeiten. Eigentlich war das optimale Gebiet auf der Fläche Felderstraße/Schwertstraße ausgemacht worden (heute Gleisdreieck); das Problem war nur, dass dies großenteils zu der damals noch selbstständigen Gemeinde Dorp gehörte, und man gönnte dem Nachbarn ja die zu erwartenden Einnahmen nicht... Hauptsächlich deswegen (!) wurde der neue Solinger Bahnhof in unmittelbarer Angrenzung an die Firmen Zwilling, Lüttges, Kieserling und Herder gebaut. Aus heutiger Sicht ein Schildbürgerstreich erster Güte.

Am 12. Februar 1890 war es dann so weit: die Reststrecke von Wald nach Solingen wurde dem Betrieb übergeben und der neue Bahnhof eingeweiht. Damit wurde erstmals eine direkte Ver-



kel-Gräfrath-Wald-Solingen-Ohligs-Rhein geschaffen. Sieben Jahre später wurde dann auch die Verbindung nach Remscheid fertig (Müngstener Brücke). Somit war die Eisenbahnverbindung der drei Bergischen Städte zwar nicht perfekt, aber komplett.

Das Standortproblem verfolgte die Stadt jedoch. Der Bahnhof (damals Südbahnhof) war von Anfang an zu klein. Das Gebäude war zudem ein einfaches Fachwerkgebäude, für das sich jeder Solinger schämte, wollte doch Solingen schon damals Weltstadtniveau zeigen. Stattdessen gab es nur eine schmale schlammverkrustete Gasse vom Bahnhof an der Lüttgesschen Fabrik vorbei hin zur Grünewalder Straße. Auch dort waren die Verhältnisse erstaunlich: Die Kreuzung verlief damals noch ebenerdig. Da Wartezeiten von fünf Minuten und

mehr die Regel waren, wurde eine Schranke eingerichtet. Die Fahrgäste der 1889 in Betrieb genommenen Straßenbahn mussten vor der Schranke aussteigen und die Gleise zu Fuß überqueren, um auf der anderen Seite in eine dort wartende Straßenbahn umzusteigen.

Daher gab es schon bald wieder neue Pläne. Und wieder war – wegen der unzureichenden Erweiterungsmöglichkeiten am Grünewald - das Gebiet Felder-/

> Schwertstraße im Gespräch. Statt einer Verlagerung hat man dann jedoch an gleicher Stelle ein

neues, größeres, repräsentatives Gebäude errichtet, diesmal aber mit Anbindung an die Kölner Straße und mit Anschluss an die Straßenbahn; ebenso erhielt das Gebäude eine neue Gleisüberführung (bis heute nahezu einzigartig in NRW) - und den Titel Hauptbahnhof.

Eingeweiht wurde dieser neue Bahnhof 1910, knapp 100 Jahre vor seiner endgültigen Schließung.

Zeitzeugin Margarete Wölfer beschrieb den Bahnhof von innen. Danach befanden sich an der dunkelrot gekachelten Wand rechts neben dem Eingang die Fahrkartenstelle und die Gepäckausgabe. Daneben, im rechten Winkel, waren hoch liegende Fenster eingelassen. Links davon, gegenüber dem Eingang, schloss sich mit einer halben Rundung eine Verkaufsstelle an, da gab es Pralinen und Süßigkeiten. Danach folgte eine Sperre, von wo man über den Gleiszugang zu den Gleisen 1 und 2 gelangte, das eine nach Remscheid, das andere nach Ohligs. Anschließend folgten die Toiletten für Damen und Herren, und im rechten Winkel dazu, also gegenüber dem Fahrkar-

tenschalter, waren die Wartesäle der 1. und 2. Klasse mit ihren Pendeltüren. Ums Eck lag eine Theke mit Zeitschriften. Am Ende davon war eine Säule mit Klümpges, Hillers Dropps, da konnte man welche ziehen für 5 Pfennig.

Dieses Gebäude blieb der Stadt Solingen bis 1944 erhalten. Es fand sein Ende – so wie viele weitere Gebäude der Südstadt – im schweren Bombenangriff auf Solingen am 4.November.

Zerstörung, Wiederaufbau, Verfall und neue Hoffnungen in der nächsten Tacheles

Sabine Firouzkhah

Internationaler Frauentreff



Frauencafé Courage

Klemens-Horn-Str. 3, Tel.: 273635 int.frauentreff@web.de

Öffnungszeiten: dienstags alle 14 Tage: 17-19 Uhr mittwochs: 16-19 Uhr donnerstags: 9-11 Uhr freitags: 13-15 Uhr

außerhalb der Öffnungszeiten kann das Café für Veranstaltungen und Feste gemietet werden.

AUTOSPASS

Also: ich fahr da so einen langen Berg runter, friedlich auf dem Rückweg nachdem ich mit meinen Kindern und der Freundin meiner Tochter Schwimmen war, um diese fristgerecht wieder bei ihrer Mutter abzuliefern, und sehe schon die Straße von oben kommend unten, wo der große Wendeplatz ist, jemanden sein Auto starten, und denke noch,

-ja spreche es sogar vor 3 minderjährigen und vor Gericht deshalb sicher unbrauchbaren Zeugen aus,

"Der will doch wohl jetzt nicht noch hier rauf fahren?"

Und fahre währenddessen weiter. Ich muss dazusagen, so für dieser besonderen Straße Unkundige, dass die selbige sehr schmal ist, und rechts von mir auch noch durchgehend zugeparkt.

Es ist also im Regelfall so, dass die hierhin mit ihrem Auto Verschlagenen aufeinander Rücksicht nehmen müssen, dies im Normalfall auch tun, und entweder eine Parklücke ausnutzen (ja, sowas gibt es außerhalb Kölns) und warten bis man vorbeigefahren ist, oder man selbst locker-flockig an dem motorisierten Konkurrenten halb auf dem Bürgersteig vorbei fährt. Ist jedenfalls eng, aber mit ein wenig Menschenverstand durchaus zu meistern, niemand muss also alle Fragen von Günther Jauch beantworten können oder Fahrschullehrer sein, um diese Straße zu befahren.

Dieser automissbrauchende Mensch da unten scheint aber beide Kriterien nicht zu erfüllen, und jede Menge anderer auch nicht. Das Individuum fährt langsam rückwärts aus der Parklücke raus, und mir auf den lächerlichen Restmetern meiner Strasse vor dem großen Wendeplatz ca. 2 Wagenlängen weit schnell entgegen, um dann trotzig stehen zu bleiben; beim Näherkommen sehe ich, dass es sich um eine ansonsten auch von mir nett als "ältere Dame" titulierte Oma handelt, und auf dem Beifahrersitz beifahrersitzt ihr Sohn oder Enkel oder was auch immer, so ein pausbäckiger junger Bursche, dem ca. 20 Jahre Ernährung ausschließlich durch Mama und Papa gar lieblich die Wangen gerötet haben.

Jedenfalls stehn sie da vor mir in ihrem Auto, und füllen diese Tätigkeit im Übermaß aus, ich warte darauf dass die gute Frau es schnallt, dass sie nur 3 m zurückfahren müsste um dieses Problem zufriedenstellend für alle Beteiligten zu lösen, aber nix. Die stehen da und geben sich beide Mühe, böse zu gucken. Ich muss mir dafür keine besondere Mühe geben: Ich hab es sowieso eilig und gleich noch was wichtiges vor, die Situation ist eigentlich klar, hinter mir höre

ich Kinderstimmen aus dem Mund von vor Gericht nicht anerkannten Zeugen sagen:

"Hä? Was soll das? Die hat uns doch kommen sehn",

und denke das auch.

Irgendwann steige ich fluchend aus und deute der Fahrerin an, ihre Scheibe mal runterzumachen. Ich versuche ihr höflich meinen Gedanken zu verbalisieren, dass sie doch bitte ein Stück zurückfahren möge, damit ich und sie unsere Fahrt ungestört fortsetzen können.

-"Aber wieso, sie hätten doch da oben die Parklücke nehmen können!"

Ich wende mühsam meinen Hals (meine rechte Seite vom Nacken spielt seit einigen Tagen in der "Oberliga Muskelverkrampfung", muss ich dazusagen), drehe mich um, und siehe da, ca. 500 m weiter oben ist tatsächlich eine Parklücke zu erkennen, wobei ich dazusagen muss, dass meine gute Weitsicht eine der wenigen Sachen ist, wofür ich jemals von einem Arzt gelobt wurde.

Ich teile ihr mit, dass man mit einem Fernglas die Stelle gut sehen kann, aber ich da leider eben schon vorbeigefahren bin als sie gerade mal ihren Motor startete, und 500 m rückwärts fahren in einer engen Straße wäre eine Erfahrung, die ich jetzt nicht unbedingt machen muss. Sie dagegen müsste ja eigentlich nur ca. 4 m zurück in ihre eben verlassene Parklükke fahren, und ich käme ohne Probleme vorbei.

-"Ich hab hier immer Platz gemacht, Sie sind eindeutig das Verkehrhindernis, Sie hätten die Parklücke nehmen können, ich fahr hier nicht weg!" schallt es mir da entgegen.

Sie meint tatsächlich die Parklücke 500 m weiter oben, an der ich vor gefühlten 2 Tagen vorbeifuhr, es ist nicht so dass ich eine übersehen hätte die kurz hinter mir ist.

-"Ich auch nicht. Schön."

Scheiße, was kann ich spießig sein, hab ich da nur als kurzen Nebengedanken, aber meine Hauptgedanken drehen sich um die Situation, wie ich vor Gericht erklären soll, warum ich eine Seniorin erwürgt habe.

Ich setz mich also etwas stur, aber nicht mal annähernd so stur wie meine Kontrahentin vor mein Steuer und warte darauf, dass die nachgibt. Der Spacko auf ihrem Beifahrersitz telefoniert dramatisch rumfuchtelnd mit seinem Handy oder simuliert einen Anruf bei den Bullen oder sowas. Die Kinder auf dem Rücksitz, d.h. mein 8jähriger Sohn und die 11jährige Freundin meiner ebenfalls fast 11jährigen Tochter auf dem Beifahrersitz schätzen die Situation verkehrstechnisch ähnlich ein wie ich, aber lachen sich natürlich gleichzeitig über einen Vater kaputt, der sich mit einer Oma anlegt.

Jedenfalls ist die Absurdität unseres Verkehrsproblems sogar einem Kind verständlich. Nicht jedoch dem über 60jährigen Trotzköpfchen mir gegenüber.

Irgendwann steige ich nach einer Autointernen Diskussion mit den mitbeteiligten Kindern, ganz erwachsenes Vorbild simulierend, aus, ignoriere den im Hinterkopf lauernden netten Spruch "Der Klügere gibt solang nach bis er der Dumme ist", und sehe dies von nun an als ein Experiment in Selbstbeherrschung.

Experimente entziehen sich moralischer Wertung, sie sollten mit der entsprechenden neutralen,
und ergebnisoffenen
Herangehensweise
vollzogen werden,
aber ich arbeite ja auch
nicht unter Laborbedingungen hier.

Ich zieh meine "bitte Fenster runtermachen"Nummer. durch und rede, immer noch bemüht höflich auf die unterbelichtete alte Frau ein, der ich vergiftetes Brot und schadstoffbelasteten Kuchen gerne bringen würde. Ich erniedrige mich sogar soweit, dass ich ihr, ruhig und geduldig, anbiete zurückzufahren, aber dies beim besten Willen nicht könne, da ich einen steifen Hals habe, worauf sie nur sagt:

-"Ich hab auch einen steifen Hals. Sie sind eindeutig das Verkehrshindernis."

"Hallo? Auch wenn Sie es nicht glauben, ich kann tatsächlich meinen Kopf nicht drehn, das ist keine blöde Ausrede, soll ich beim Rückwärtsfahren in die geparkten Autos neben mir reinrauschen?"

Ich frage kurz, diesmal etwas lauter, nach ob sie ihren Führerschein im Kindergarten gemacht hat, ihr absolut kindisches Verhalten scheint das zu implizieren, und ob sie jetzt nicht bitte einfach mal kurz zurückfahren könnte, und was diese senile Trotzköpfchen-Show denn soll,

-wahrscheinlich komm ich ihr damit einfach zu intellektuell rüber als dass sie irgendwas noch wirklich kapiert, aber irgendwann ist sie dann so weit von mir text-



lich beackert, dass sie mich anschnauzen kann:

-"Aber dann fahren Sie wenigstens noch nach rechts, damit ich nicht mit dem ganzen Auto über den Bürgersteig fahren muss!"

Wenn das alles hier damit endet, gern. Wahrscheinlich ist mein komplett überflüssiges "Nach-rechts-fahren" dann ihre orgiastische Genugtuung. Rechts von mir ist noch ungefähr 15 cm Platz, und davon nutze ich beim Rückwärtsfahren mindestens 10 cm aus, und die alte Schabracke fährt tatsächlich mit 2 Reifen den Bürgersteig sachte berührend vorbei. Kurz davor hatte mir der rotwangige Volldepp auf dem Beifahrersitz noch was Beleidigendes zugerufen, worauf ich nur zurückgebrüllt hab:

-"Halt's Maul du Arschbacke", meine unterschwelligen Hass-Eruptionen kaum noch kontrollierend, (Vorsicht Kinder hören mit) aber immerhin, die im Oberstübchen schon lange verkehrsberuhigte Seniorin fährt jetzt vorbei. Hätte sie auch vor 5 Minuten schon machen können.

Ich weiß nicht, inwieweit die arme Frau vorgeschädigt ist, ob sie schon mal traumatische Erfahrungen beim Nachgeben gemacht hat, oder dauernd als arme Anwohnerin nicht ausparken kann weil Autos tatsächlich auch in die Gegenrichtung fahren, aber es ist mir eigentlich auch scheißegal. Ich hab wieso immer zuviele Entschuldigungen für Leute parat, die meist einfach nur zu blöd sind sich selber eine gute für ihr Scheiß-Verhalten zu überlegen.

Ich wollte ich wär, trotz aller innerer Wehr gegen die Bundeswehr, damals Panzerfahrer gewesen.

Marcus K. Noche

DIE DUMPFBACKE DES MONATS: CAPITAL-CHEFREDAKTEUR SCHWEINSBERG

Eine Volks-(Wirtschafts)-Gemeinschaft, die von zwei Hauptfeinden des Volkes bedroht wird, hat Capital-Chefredakteur Dr. Klaus Schweinsberg in seinem Editorial vom 25.10.06 entdeckt. Der eine Volksfeind wären die Hartz-IV-Empfänger, welche das Geld konsumierten, das eigentlich für den Aufbau neuer Arbeitsplätze notwendig wäre. Der andere, die millionenschweren Privatiers, welche (wie die Arbeitslosen) Geld kassieren würden, ohne dafür arbeiten zu müssen Bei Lichte besehen jedoch stellten "die Hartz-IV-Empfänger die größte Gruppe der Kapitalisten".

So also sieht das Weltbild eines der führenden Lohnschreiber des Kapitals aus. Und wie alle Dumpfbacken hat er auch eine ganz einfache Lösung für das Problem: Man "muss das Kapital dorthin bringen, wo es arbeitet".

Gilt die Faustregel: Sag mir was Du liest, dann sag ich Dir wer Du bist, müsste demnach – im Gegensatz zum Capital-Leser – der Bild-Zeitungs-Leser einer intelligenteren Spezis angehören

Frank Knoche



Kontaktadresse: ZukunftsWelten e.V. Mühlenteich 5 42653 Solingen Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11 n P r e i i s t r ä g e C Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtsparkasse Solingen

150 JAHRE ARBEITEN, DAMIT SICH LEISTUNG LOHNT?

150 Jahre müsste eine gut verdienende Verkäuferin arbeiten. Dann käme sie auf das Jahreseinkommen eines Chefs der großen deutschen Aktienunternehmen. Das liegt bei rund vier Millionen Euro – im Durchschnitt. Zum Teil deutlich höher. Spitzenreiter ist Ackermann von der Deutschen Bank mit rund 12 Millionen.

Könnten die Gehälter der Manager nicht etwa auf das 20fache eines Durchschnittseinkommens der Beschäftigten begrenzt werden, fragt die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Als Beispiel für die statt gefundene Umverteilung kritisiert ver.di auch, dass der Einkommensmillionär heute jedes Jahr 100.000 Euro weniger Steuern bezahlt als noch 1998.



m. 15.12

Vorabiparty

Otto-Hahn Gymnasiun

fe Crisi

Chocolate Club

Vorabiparty Friedrich Albert Lange Schule

Entrett 45 Jro MV www.getaway-online.de

gruppeninfos

AC WEED FOR Geschwister-Scholl-Schule, Questr. 42 enmerkyfolk-melfonefi Treff jeden esten Mi. 20h, Kontakt: (4 15 78). entin English to Rich Ind c/o Infoladen, Portfach 100931, 42609 And Principle Software c/o Case Courage Treffjeden Di. 10-12h, Ahrsty, 5-7 Kontakt: (7 77 57) विकित्सकारिकाल www.bleiberecht.com

Elegarithm Conies Watermania Kontakt (178 45) CET CONTROL Klemens-Horn-Str 3.

42655 Solingen (27:36:35), Fax: 1:7198, geöffnet: Mi. 16-19h, Da 9-11h, Fr. 12-15h, Fraueninfotreff Di. 19.12, 17-19h, dann 14 tg. G-73 Enterne Floreft - Treff jd - 1 Freitag im

Monat, 19h, Wupperstr. 120 @대대학교 Treffjeden Donnerstag 20h in der kantine / COBRA (659 86 89), www.cowclub.de DECEMBER AND PROPERTY Beating für Kriegadiers trenveigerer,

Kontakt Hagû Weber (74809) September (74809)

Kontakt: Birgit Evertz, Gertrudisstr. 33, (5.36-42) विराण महत्त्वपुर्व्यक्तिक सम्मितनी हैं तकिराण आजी नहीं विराणकृति Treff 14tg. , Cafe Courage

27 36 35) विकार स्विक्षांस (5 45 00) हिन्स कार्या है कि जिल्हा मान Albrechtstr. 12 (55 470) दिल्हा कि किसी कि Bland 17, 4265 13 dingen

Information Worklers (pre) Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal Boritanto Diana Mo. 20 22h, (0202 / 44 08 08) CT nt Bridge (Carolla Kontakt: Ursel Ullmann (8 05 23)

Thomas Blos (2309777) / sbn@sbn-solingen de www.rbn-solingen.de

School and the School of Fr. 20h im Cohra, Merscheider Str. 77-79 Bolling in Angel Montering grant Strage and Development c/o Case Courage, Kontakt:

solinger-appel)Soperamail.com Treff Do. 21.12.2006 20.00h, dann 14 tg. 20 And Salberton and Man (2015)

Kanstadtpassage, nahe Zugang Parkhaus (7 10 41). Strong W Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal. www.stiftung-w.de, mail@stiftung-w.de सिकिस्मिस c/o Café Courage

Klemens-Horn-Str 3, 42655 3G, Fax 1 71 98, tacheles3G@wtal.de, www.tacheles-solingen.de Translating Treff jeden zweiten Ma im Monat (außerSommerferien und Dez.), 19.30h, Eine-Welt-Laden Methodist Kirche, Friedrich tr. 39

Kontakt: SALZ, (710 - 41/42)

(20 48 45), Van-Meenen-Str. 1, Mo.-Fr. ab. 15 h. Sa. u. So. ab. 12 h Ca#, Mi: Saz-Kuz. 17.30 h, Fr. 18.30h Kinderfolklore Unit-rich-ජනයේ නිල්ල-richa මහ প্रশাসিক্তম c/o Café Courage Wild Profession (Café Courage

Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel:0212/318130 Mohrenkamp 20, 42653 3G, Tel. 59 07 96

> Nicht gucken mitmachen bei der tacheles!

bürgerfunk

Soweit nichts anderes angegeben ist, beginnen die Sendungen jeweils um 19.04 Uhr auf den Wellen von Radio RSG (94,3 MHz Antenne / 99,95 MHz Kabel). Bürgerfunk aus RS und 3G im Internet:

http://www.buergerfunk.bland.de Hier gibt es Information en über die Studios, Macher und Macherinnen, das Zwei-Säulen-Modell, Sendungen in Real Audio und vieles mehr. Anderungen des Programms sind aus technischen und sonstigen Gründen mög-

08.12.2006	19:00	Seniore nStimme
09.12.2006	18:00	Rückbiende
09.12.2006	19:00	Urlaubsrelf
10.12.2006	18:00	Bass Line
10.12.2006	19:00	Metal Inquision
11.12.2006	19:00	VUMITY
12.12.2006	19:00	Country Factory
13.12.2006	19:00	Money Money
14.12.2006	19:00	Radio DWWV
15.12.2006	19:00	Blues-Mobil
16.12.2006	18:00	Ohrw erk
16.12.2006	19:00	Catalpa
17.12.2006	18:00	Tier & Partner
17.12.2006	19:00	Bücher, Leser,
18.12.2006	19:00	Stechuhr
19.12.2006	19:00	1904
20.12.2006	19:00	Subotnix
21.12.2006	19:00	Blue FM
22.12.2006	19:00	Radio JAM
23.12.2006	18:00	Film ab
23.12.2006	19:00	Hangkgeschme dden
24.12.2006	18:00	Metal Inquision
24.12.2006	19:00	Snap
25.12.2006	19:00	Grüne Vielle
26.12.2006	19:00	Kreuzbiende
27.12.2006	19:00	Cow club-Radio
28.12.2006	19:00	FairPlay / 2 Manner &
29.12.2006	19:00	Platform FM
30.12.2006	18:00	Shoetlane alla
30.12.2006	19:00	Studiow elle
31.12.2006	18:00	KBVV
31.12.2006	19:00	KBW/
01.01.2007	19:00	Nah dran
02.01.2007	19:00	Radiostammtisch
03.01.2007	19:00	No.1
04.01.2007	19:00	Kultur Cafe
05.01.2007	19:00	Hör mal
06.01.2007	18:00	Discount Radio
06.01.2007	19:00	Die Straße
07.01.2007	18:00	Blues und Gruss
07.01.2007	19:00	Full House
68.01.2007	19:00	VIMITV
09.01.2007	19:00	Country Factory
10.01.2007	19:00	Money Money
11.01.2007	19:00	Radio DM/VV
12.01.2007	19:00	Seniore n-Stimme
13.01.2007	18:00	Rückblende
13.01.2007	19:00	Urlaubsreif
14.01.2007	18:00	Bass Line
14.01.2007	19:00	Metal Inquision
15.01.2007	19:00	Stechuhr
16.01.2007	19:00	1904
17.01.2007	19:00	Subotnix
18.01.2007	19:00	Platform FM
19.01.2007	19:00	Blues-Mobil
20.01.2007	18:00	Ohrw erk
20.01.2007	19:00	Catalpa
21.01.2007	18:00	Tier & Partner
21.01.2007	19:00	Bücher, Leser,
22.01.2007	19:00	A CONTRACTOR OF THE PARTY OF TH
23.01.2007	19:00	Kreuzblende